

Ein ambivalentes Konzept

Über politische Führung

»Während des Spiels ist der Dirigent für die Menge im Saal ein Führer. Er steht an ihrer Spitze und hat ihnen den Rücken zugekehrt. Er ist es, dem man folgt, denn er tut den ersten Schritt. [...] Der Haufen im Saal wird durch ihn entführt. Während eines ganzen Werkes bekommen sie sein Gesicht nie zu sehen. Er ist unerbittlich, Rast ist nicht erlaubt. Sein Rücken steht immer vor ihnen, als wäre er das Ziel. Würde er sich einmal wenden, ein einziges Mal, der Bann wäre gebrochen. Der Weg, den sie gehen, wäre nicht mehr ein Weg, und sie säßen enttäuscht in einem unbewegten Saal. Aber man kann sich darauf verlassen, daß er sich nicht umwendet. Denn während sie ihm folgen, hat er vorne eine kleine Armee von Berufsspielern zu meistern. Auch hier hilft die Hand, aber sie gibt nicht nur Schritte an, wie für die Leute hinten, sie erteilt Befehle. [...] Diese oder jene Stimme weckt er plötzlich zum Leben durch eine ganz kleine Bewegung, und was immer er will, verstummt. So hat er Macht über Leben und Tod der Stimmen.«¹

In der charismatischen und bisweilen exzentrisch-überspannten Figur des Dirigenten hat Elias Canetti ein treffendes Bild für Führung und die Macht von Führern gefunden. Von den vielen vergleichbaren Bildern in der politischen Literatur – dem wirkmächtigen Bild vom klugen Steuermann in Platons *Politeia* über Niccolò Machiavellis *uomo virtuoso*, der ohne Zögern, aber durchaus mit historisch geschulter Weitsicht, bereit ist zu tun, was zur Gründung und Erhaltung politischer Macht notwendig ist, bis hin zu Max Webers »*Dennoch-Mensch*«,² der »gesinnungsethisch inspiriert, aber verantwortungsethisch diszipliniert«³ nicht nur ein Führer sein muss, »sondern auch – in einem sehr schlichten Wortsinn – ein Held«⁴ – ist Canettis Bild nicht zuletzt deshalb eines der anschaulichsten, weil Führung und Herrschaft hier klar unterschieden und zugleich in der Rolle des Dirigenten als miteinander verknüpfte Beziehungen dargestellt werden. Daher lohnt es sich, noch ein wenig bei diesem Bild zu verweilen.

1 Elias Canetti, *Masse und Macht* [1960], Frankfurt am Main 2010, S. 468 ff.

2 Kari Palonen, *Eine Lobrede für Politiker*. Ein Kommentar zu Max Webers »Politik als Beruf«, Opladen 2002, S. 139 (Hervorh. i. O.).

3 Hans-Peter Müller, *Max Weber*. Eine Einführung in sein Werk, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 222.

4 Max Weber, »Politik als Beruf« [1919], in: ders., *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988, S. 505–560, hier S. 560.

Das Konzertereignis wird von Canetti als eine Art Versammlungsöffentlichkeit beschrieben, in der einer – der Führer – herausgehoben auf der Bühne steht; seinem Orchester – der Gefolgschaft – zugewandt führt er die Menge – das Publikum – im Saal. Die Beziehungen zwischen diesen drei »Akteuren« werden durch zwei hierarchische Relationen strukturiert, in deren Zentrum der Dirigent agiert: Dirigent und Orchester stehen in einem Herrschaftsverhältnis. Der Dirigent gibt Befehle, die vom Orchester strikt befolgt werden müssen. Ohne die Bereitschaft der einzelnen Musiker, den Befehlen des Dirigenten zu gehorchen, gäbe es kein Konzert oder doch nur ein sehr schlechtes, dem das Scheitern von Beginn an eingeschrieben wäre. Doch in aller Regel gehorchen die Orchestermusiker den Befehlen, denn der Erfolg des Dirigenten ist auch ihr Erfolg. Zudem gibt es eine klare Kompetenzhierarchie. Nur der Dirigent hat die vollständige Partitur im Kopf, »während die Musiker nur ihre Stimmen vor sich liegen haben«.⁵

Während Dirigent und Orchester in einer Befehl-Gehorsam-Beziehung stehen, die einer klar umrissenen Partitur folgt, ist der Dirigent für das Publikum ein Führer, dem Autorität zugeschrieben wird. Auch hier handelt es sich – zumindest in diesem Bild – um eine hierarchische Beziehung, denn der Dirigent eröffnet dem Publikum einen Weg, macht den ersten Schritt, und die Menge im Saal ist bereit, ihm freiwillig zu folgen. Die Hierarchie wird durch zwei weitere Aspekte markiert: Nicht nur die Initiative liegt beim Dirigenten, ihm kommt überhaupt der aktive Part zu, während das Publikum zwar innerlich bewegt werden soll, sich ansonsten aber während der Vorführung still zu verhalten hat. Ergänzt wird die klare Zuordnung von Aktivität und Passivität durch jene von Sichtbarkeit und Anonymität. Während der Dirigent herausgehoben auf der Bühne steht und das Orchester als Ganzes wie in seinen temporär hervorgehobenen Teilen sichtbar ist, bleibt das Publikum anonym. Es ist nichts anderes als eine undefinierbare Menge im dunklen Saal. Gleichwohl will und muss der Dirigent danach trachten, deren Gunst zu gewinnen, denn erzwingen kann er sie nicht. Seine Herrschaft erstreckt sich nur auf das Orchester. Die Dirigent-Publikum-Beziehung ist demgegenüber gerade keine Herrschafts-, sondern eine Führungsbeziehung, der trotz ihrer hierarchischen Verfasstheit die grundsätzliche Ungewissheit über den Ausgang des Konzert-Unternehmens anhaftet. Auf den Beifall am Ende der Vorführung aber ist das ganze Handeln des Dirigenten fokussiert. Ein »unbewegter Saal« wäre nicht nur eine Enttäuschung für das Publikum und somit auch für den Dirigenten selbst, vielmehr käme eine derartige Reaktion einer Verweigerung der Gefolgschaft durch das Publikum gleich und wäre eine Infragestellung seiner Autorität. Denn für den Dirigenten, so Canetti, entscheidet allein das Maß des Beifalls über seinen Sieg oder seine Niederlage.⁶

⁵ Canetti, *Masse und Macht*, S. 470.

⁶ Ebd., S. 469.

Als Gleichnis für politische Führung in der (liberalen) Demokratie sind diesem Bild allerdings Grenzen gesetzt. Denn weder lässt sich die moderne Partei-»Gefolgschaft« als bürokratischer Apparat professioneller Befehls-empfänger vorstellen, wie das Anfang des 20. Jahrhunderts noch Robert Michels in seiner *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*⁷ und im Anschluss Max Weber mit dem Konzept der »plebiszitär-charismatischen Führerdemokratie« getan haben,⁸ noch gleicht das demokratische Publikum einer anonymen Menge, die sich während der politischen Vorstellung still verhält. In der liberalen, pluralistischen Demokratie ist die Menge vielstimmig, und sie meldet sich unablässig zu Wort, macht Einsprüche oder auch Widerspruch geltend. Sie will vielleicht geführt, aber nicht verführt werden. Zudem fehlen in Canettis Bild die Konzert-Kritiker, also die Experten, Intellektuellen und Medieneliten. Dieser höchst disparaten Gruppe der Kritiker kommt unter modernen Bedingungen mediendemokratischer Vermittlung von Politik und der Anforderung einer strategischen, die »Weite des Raums« und die »Tiefe der Zeit« einbeziehenden Politik eine wesentliche Funktion zu. Denn diese politischen Mitspieler, die selbst nicht demokratisch beziehungsweise nicht majoritär legitimiert sind, beurteilen die Qualität der Vorstellung für das nicht im Konzertsaal anwesende demokratische Publikum und bestimmen damit wesentlich mit, welche Qualität dem aufgeführten Stück zugesprochen wird und welche Resonanz ihm im Weiteren beschieden sein wird.

Gleichwohl tritt in Canettis Bild des Dirigenten als Herrscher über das Orchester und als charismatischer Führer des Publikums der Unterschied zwischen Herrschaft und Führung deutlich hervor. Handlungstheoretisch lässt sich dieser Unterschied über die Unterscheidung zwischen Befehlen und Gehorchen einerseits und Führen und Folgen andererseits fassen. Während Herrschaft eine statische Beziehung meint, in der über klar festgelegte Rollendifferenzierungen und eingeübte Muster von Befehl und Gehorsam eine durch die Partitur vorgegebene Vorstellung realisiert wird, beschreibt Führung eine unsichere, in ihrem Ausgang nie berechenbare Bewegung, in der die Geführten temporär aus der passiven Rolle des unsichtbaren Publikums heraustreten und mit ihrem Beifall über den Erfolg des Unternehmens entscheiden, während der aktive Führer im Moment des Beifalls in

7 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens [1910], hrsg. von Frank R. Pfetsch, Stuttgart 1989.

8 Zur Konzeption der plebiszitär-charismatischen Führerdemokratie, die Max Weber in den verfassungspolitischen Schriften und in »Politik als Beruf« explizit empfiehlt, vgl. Grit Straßenberger, »Politische Führung bei Robert Michels, Max Weber und Joseph Schumpeter«, in: Harald Bluhm / Skadi Krause (Hg.), *Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens. Oligarchien und Eliten – die Kehrseiten moderner Demokratie*, Wiesbaden 2012, S. 192–213.

die passive Rolle desjenigen fällt, dessen Leistung beurteilt wird. Damit ist das zentrale Problem politischer Führung in der Demokratie markiert.

Einerseits bedarf auch die Demokratie der Führung durch Eliten. Selbst bei der athenischen Verfassung, die bis heute als Modell einer Demokratie ohne politische Eliten gilt, handelte es sich keineswegs um eine führungslose Volksherrschaft. Thukydides hat dieses Missverständnis pointiert, als er angesichts der herausragenden Führungsrolle, die Perikles in der athenischen Demokratie spielte, urteilte: »So war es dem Namen nach Demokratie, in Wirklichkeit aber Herrschaft des ersten Mannes.«⁹ Andererseits – und auch darauf weist Thukydides an prominenter Stelle, nämlich in der »Leichenrede des Perikles«,¹⁰ hin – kommt den demokratisch gewählten Führungseliten zwar eine initiative Funktion zu, sie bedürfen aber der aktiven Unterstützung des Volkes, um das gemeinsame Projekt auch tatsächlich als ein gemeinsames anzugehen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Demokratische Führungseliten müssen sich immer wieder ihrer demokratischen Legitimationsbasis rückversichern. Ohne die Folgebereitschaft des *demos* beziehungsweise *populus* – oder präziser und in normativer Absicht formuliert: ohne die Bereitschaft der Bürger, in öffentlicher Beratung untereinander die politischen Vorschläge der Führungseliten als unterstützenswert anzuerkennen – können demokratische Eliten ihren Führungsanspruch weder erfolgreich behaupten noch praktisch realisieren.

Führung als Problem der Demokratie

Mit der Anerkennung des politischen Führungsanspruchs demokratisch legitimierter Eliten steht und fällt die liberal-demokratische Ordnung. Denn im Unterschied zu radikaldemokratischen Utopien wie zu illiberalen Modellen und autoritären Praxen demokratischer Herrschaft beruht die Autorität der liberalen Demokratie in normativer wie in stabilitätspolitischer Hinsicht darauf, dass der Spagat zwischen politischer Führung und demokratischer Selbstregierung gelingt. Dieser Spagat ist höchst voraussetzungsvoll, denn er verlangt eben nicht nur ein gut funktionierendes Institutionenarrangement, wie es der klassische Liberalismus in der These pointiert hat, dass selbst ein »Volk von Teufeln« (Immanuel Kant) gut regiert werden könne, wenn nur die politischen Institutionen vernünftig eingerichtet seien. Vielmehr bedarf die liberale Demokratie kompetenter Eliten und kompetenter Bürger, um ihrem normativen Selbstverständnis als einer sowohl konfliktiven als auch stabilen politischen Ordnung gerecht zu werden.

⁹ Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg*, übers. und hrsg. von Helmuth Vretska, Stuttgart 1966, S. 182.

¹⁰ Ebd., S. 160–169.

Ebendieses Selbstverständnis wird gegenwärtig recht grundsätzlich in Frage gestellt. In Deutschland hat vor allem der Erfolg der AfD bei der letzten Bundestagswahl im September 2017 – in Sachsen wurde sie mit 27 Prozent der Zweitstimmen stärkste Kraft und ist aktuellen Umfragen zufolge zwischenzeitlich zur stärksten Partei in den ostdeutschen Bundesländern aufgestiegen¹¹ – erhebliche Schockwellen quer durch das bundesrepublikanische Parteiensystem ausgelöst und dessen politische »Gewissheiten« scheinbar so sehr erschüttert, dass einige Kommentatoren bereits das Ende der demokratischen Nachkriegsordnung gekommen sehen.¹² Zudem verweisen seit geraumer Zeit radikaldemokratische, aber auch moderate liberal-republikanische Autoren darauf, dass das normative Versprechen der liberalen Demokratie, widerstreitende Positionen einzubeziehen und zu integrieren, durch die realpolitische Praxis einer vornehmlich auf Konfliktvermeidung ausgerichteten Politik ausgehöhlt werde. Mit Blick auf die deutsche Politik bedeutet dies, dass das, was einmal als politische Ausnahme galt, nämlich die Große Koalition, inzwischen zum Normalfall der Politik zu werden droht. Die offensive Mitte-Orientierung der großen Volksparteien und die beachtliche Kompromissbereitschaft ihres politischen Führungspersonals haben den Eindruck entstehen lassen, dass es kaum noch alternative Politikangebote gebe und sich der legitime Raum des Dissenses beständig verkleinere, wenn nicht gar im Konsens der Großen Koalition verschwinde.

Flankiert wird diese Kritik an der konfliktaversen Praxis einer vage an der gesellschaftlichen Mitte orientierten Elitenpolitik durch wachsenden Unmut gegenüber der Europäischen Union.¹³ Diese betreibe – so lässt sich das mehr oder minder diffuse Unbehagen vieler Bürgerinnen und Bürger Europas an der EU auf den Punkt bringen – im eigentlichen Sinne nicht Politik, sondern erschöpfe sich in der Eigenlogik einer mehr oder weniger effizienten Verwaltung des Status quo; allerdings mit bisweilen erheblichen Konsequenzen für die in der Union zusammengeschlossenen Staaten. Der

- 11 »AfD liegt im Osten erstmals vor der CDU«, in: *Die Welt*, 6. 9. 2018; online unter: www.welt.de/politik/deutschland/article181445482/Deutschlandtrend-AfD-liegt-im-Osten-erstmals-vor-der-CDU.html [11. 9. 2018].
- 12 »Künast-Interview zu Köthen: >Die alte Bundesrepublik ist vorbei<«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. 9. 2018; online unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/renate-kuenast-kann-horst-seehofer-nicht-mehr-ernst-nehmen-15781341.html [11. 9. 2018].
- 13 So heißt es in der proeuropäischen Erklärung der Grünen zur Zukunft der EU: »Mit ihrem Status quo geben wir uns nicht zufrieden, denn er beantwortet wichtige Probleme von heute nicht mehr. Zwar wurden die Defizite der Europäischen Integration breit debattiert, doch die Staats- und Regierungschefs waren nicht in der Lage, diese durch eine strukturelle Weiterentwicklung der EU zu beheben. Weil die EU aber so wertvoll und unabdingbar ist, wollen wir sie fortentwickeln und ihr auf diesem Weg auch wieder mehr Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern verschaffen.«, in: »Ja zu Europa – Mut zu Veränderung«, Grüne Erklärung zur Zukunft der EU, 09/2016; online unter: www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/Fraktion_aktuell/Europaerklaerung.pdf [11. 9. 2018].

Eindruck, die nationalen Regierungen seien gegenüber »Brüssel« ins Hintertreffen geraten und die europäische Polittechnokratie sei nicht nur ein Orchester ohne Dirigenten, sondern genüge sich auch als Publikum weitgehend selbst, wurde nicht zuletzt durch die demokratisch nur unzureichend legitimierte Euro-Rettungsschirm-Politik noch einmal verstärkt.

Innenpolitisch war es vor allem der Umgang mit der sogenannten Flüchtlingskrise im Sommer 2015, die der populistischen Anti-Establishment-Politik einen nie dagewesenen und bis heute anhaltenden Zulauf beschert hat. Hatte die Große Koalition unter Angela Merkel zuvor relativ geräuschlos regiert, markierte die »Flüchtlingspolitik« der Kanzlerin eine Zäsur. Die Kontinuität der Interessen-Politik wurde durchbrochen durch das doppelte Bekenntnis der Kanzlerin, Deutschland sei innerhalb der Europäischen Union in der Position einer verantwortlichen Führungsnation und Deutschland sei willens und imstande, dieser Führungsverantwortung durch eine den Menschenrechten verpflichtete und für Einwanderung offene Migrationspolitik gerecht zu werden.

Dieser neuen politischen »Partitur« der »Dirigentin« mochten weder das »Orchester« der beiden Regierungsparteien noch substantielle Teile des demokratischen Publikums fraglos folgen. Im Kreuzfeuer der sich daran entzündenden Kritik und medienwirksam inszenierten Proteste stand nun nicht mehr allein die bis dahin relativ unumstrittene, aufgrund ihrer nüchternen Sachpolitik und ihrer Moderations- beziehungsweise Kompromissfähigkeit geschätzte Kanzlerin. Vielmehr waren jetzt auch ihr Kabinett und, damit verbunden, die beiden in der »Groko« verschwisterten Volksparteien betroffen, die teils drastische Verluste an Wählerstimmen hinnehmen mussten. Weiter radikalisiert wurde diese anfänglich themenspezifische Kritik durch populistische Bewegungen, deren Führungsfiguren es seither gelingt, die wachsende Entfremdung zwischen politischer Führung und Volk zu kanalisieren, virulente antielitäre Stimmungen zu schüren und diese zumindest verbal bis zur »Systemfrage« zuzuspitzen.

Der Populismus-Schock oder Warum die populistische Kritik so erfolgreich ist

Bei der Frage nach den Ursachen für den Erfolg der in sachpolitischer Hinsicht weitgehend kompetenzfreien Populisten wird von Beobachtern nicht zuletzt die oben beschriebene »Konsenskultur« der Regierungsparteien geltend gemacht. Dass in einem derart breiten, Dissens gewissermaßen präemptiv eliminierenden System Autorität nur in Form des personalen Charismas seiner Führungsfiguren in Erscheinung treten kann, liegt eigentlich auf der Hand. Ist diese fragile, an die als überragend und außergewöhnlich wahrgenommene Führungsperson gebundene Legitimationsressource aber

einmal erschöpft, hat das nicht nur Folgen für das jeweilige politische Führungspersonal. Vielmehr besteht dann die Gefahr, dass die Autorität der liberal-demokratischen Ordnung selbst grundsätzlich in Frage gestellt wird. Was die politischen Eliten derzeit vor allem verunsichert, aber auch mediale und wissenschaftliche Beobachter irritiert, ist, dass populistische Bewegungen in ihrer »Anti-Establishment-Kritik« nicht (allein) sozioökonomisch marginalisierte Gruppen mobilisieren können, sondern ihre Gefolgschaft auch aus Teilen der bürgerlichen Mitte beziehen.¹⁴ Damit steht auch der in der Populismusforschung häufig hergestellte Zusammenhang zwischen prekärer sozioökonomischer Situierung und der Affinität zu politischer Radikalisierung zur Disposition.¹⁵

Die populistischen Angriffe auf die liberale Demokratie und die Kritik am sogenannten Establishment können offensichtlich nicht mehr als Ausdruck oder gar Folge spezifisch sozioökonomisch geprägter Lebenslagen verstanden werden. Vielmehr scheinen hier anders gelagerte Konfliktdynamiken wirksam zu werden. Die Soziologin Cornelia Koppetsch hat daher dafür plädiert, die weitverbreitete These, der zufolge »vor allem eine gut integrierte, prosperierende Mittelschicht vor politischem Extremismus schützt«, zu überdenken.¹⁶ Ihrer Einschätzung zufolge kann der Aufstieg des Rechtspopulismus zwar auch als Reaktion auf soziale Spaltungen verstanden werden, aber diese Spaltungen verliefen geradewegs durch die gesellschaftliche Mitte. Im Vordergrund ständen hier nicht primär Wohlstandseinbußen und Abstiegsängste, sondern »Macht- und Geltungseinbußen spezifischer Gruppen in der Mittelschicht, die mit dem Verlust von bislang garantierten Privilegien gegenüber anderen Gruppen im gesellschaftlichen Rollengefüge einhergehen«. Insbesondere (tatsächlichen oder empfundenen) kulturellen Geltungsverlusten im Sinne von »Verluste[n] an relativer

14 So haben die etablierten Parteien der Mitte bei der letzten Bundestagswahl im September 2017 nicht nur am rechten Rand, sondern ebenfalls in der gesellschaftlichen Mitte massive Verluste hinnehmen müssen. Demnach verlor beispielsweise die CDU/CSU im traditionellen Kernwähler-Milieu der bürgerlichen Mitte im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 rund 15 Prozent der Stimmen. Vgl. Robert Vehrkamp / Klaudia Wegschaidter, *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*, Bertelsmann Stiftung (Oktober) 2017, S. 44 f.; online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf [30. 7. 2018].

15 Vgl. dazu René Cuperus, »Wie die Volksparteien fast das Volk einbüßten. Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten«, in: Ernst Hillebrand (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015, S. 149–158; Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015; Oliver Decker / Johannes Kiess / Elma Brähler (Hg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen 2016; online unter: www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf [11. 9. 2018].

16 Cornelia Koppetsch, »Aufstand der Etablierten?« in: *Soziopolis*, 12. 4. 2017; online unter: soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten/ [30. 7. 2018].

Hegemonie und Deutungsmacht« käme dabei eine zentrale Rolle zu.¹⁷ Den Erfolg der AfD quer durch alle Bildungs- und sozialen Schichten sowie Alterskohorten lediglich als »autoritäre Revolte« (Volker Weiß) gegen die liberale Demokratie zu deuten, greift daher zu kurz.

Gleichwohl ist der Populismus nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums beheimatet. Parteien und Bewegungen wie Podemos in Spanien, C5M in Italien oder Syriza in Griechenland zeigen, dass auch linke Spielarten möglich sind. Der entscheidende Unterschied zwischen Links- und Rechtspopulismus besteht freilich darin, dass linke Kritik darauf abstellt, (unsichtbare) Machtasymmetrien offenzulegen, um in emanzipatorischer Absicht »das Volk« vor illegitimen, autoritären Schließungen durch wirkmächtige Autoritäten zu schützen und so eine pluralistische Praxis von Einspruch, Widerspruch und Rebellion zu ermöglichen. Demgegenüber zielt rechte Kritik gerade darauf ab, die Vielzahl der Stimmen zu begrenzen. Zum Feindbild der Rechtspopulisten avanciert daher neben dem sogenannten Establishment nicht zuletzt die demokratische Praxis politischer Deliberation selbst. Das rechtspopulistische Ideal ist eine dezisionistische Politik, in der autoritär entschieden und nicht demokratisch deliberiert wird. Während also der Linkspopulismus in seinen Attacken gegen Eliten und Autoritäten mitunter Gefahr läuft, die funktionale Notwendigkeit von anerkannten Institutionen und Verfahren der Konfliktregulierung zu übersehen und damit in gewisser Weise selbst – wenn auch möglicherweise unbeabsichtigt – dazu beiträgt, den Pluralismus und Diskurs ermöglichenden Rahmen der liberalen Demokratie auszuhöhlen, sieht der Rechtspopulismus in Pluralität und demokratischer Deliberation ohnehin nichts anderes als die Verwässerung des »wahren Volkswillens«, der sich autoritär sehr viel besser artikulieren und umsetzen ließe. Gleichwohl gelingt es den Rechtspopulisten, diese autoritäre Einstellung in ein plebiszitäres Gewand zu kleiden und als demokratisch auszugeben.

So unterschiedlich die politischen Zielvorstellungen von Links- und Rechtspopulismus sind, so geeint sind sie in ihrer Liberalismuskritik und – damit verbunden – in ihrem Verständnis von Autorität: mit dem Unterschied freilich, dass der Linkspopulismus autoritärer Politik (zumindest dem Prinzip nach) eher skeptisch gegenübersteht, während der Rechtspopulismus auf die Etablierung einer autoritären Ordnung abzielt. Genau hier – in dieser begrifflichen und politischen Ineinssetzung von Autorität mit autoritärer Herrschaft – liegt ein entscheidender Grund dafür, dass die liberalen Demokraten nicht weniger als die Theorie des politischen Liberalismus der populistischen Kritik derzeit so wenig entgegenzusetzen haben. Denn auch die Verteidiger der liberalen Demokratie haben ein gespaltenes Verhältnis zur Autorität. »Autorität« wie auch »Führung« sind – zumal im

¹⁷ Ebd.

deutschen Sprachraum – >kontaminierte< Begriffe. Ein demokratisches Konzept von »Autorität«, das sich klar von »autoritärer Autorität« unterscheidet, gehört nicht zum politischen Begriffs- und Analyseapparat der aktuellen liberalen Demokratietheorie. Dass Autorität und Freiheit nicht per se im Gegensatz zueinander stehen, ja dass gerade demokratische Ordnungssysteme zur Stabilisierung des politischen Freiheitsraumes anerkannter Autoritäten bedürfen, ist eine sehr alte Einsicht, die sich durch die Archive republikanischen und auch liberalen politischen Denkens zieht. Erst der weithin gegenwartsfixierte moderne politische Liberalismus scheint sie vergessen zu haben.

Autoritäre Autorität und demokratische Autorität

Während reaktionäre Kritiker gesellschaftlicher Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen auf die Erhaltung des Status quo asymmetrischer Machtkonstellationen und eine damit verbundene soziale Undurchlässigkeit hierarchischer Ordnung zielen, stellen politisch links stehende Radikaldemokraten auf eine Politisierung aller Bereiche der Gesellschaft ab. Im Gegensatz dazu teilen für politisch-historische Erfahrungen der Instabilität demokratischer Ordnungen sensibilisierte Republikaner und Liberale die wichtige Einsicht, dass auch die Demokratie zu ihrer Stabilisierung auf hierarchische Anerkennungsstrukturen angewiesen ist. Exemplarisch dafür stehen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die beiden konfliktorientierten Integrationstheorien der republikanischen Denkerin Hannah Arendt und des deutschen Liberalen Ralf Dahrendorf.

Der »dissentive Republikanismus« Arendts und der »konfliktivaffine Liberalismus« von Dahrendorf stellen aus unterschiedlichen ideengeschichtlichen Perspektiven heraus die zentrale Frage nach dem stabilisierenden Wirken von Autoritäten, die jenseits einer auf regelmäßige Wahlen zurückgeführten souveränen Selbstgesetzgebung demokratischer Gesellschaften demokratische Politik beraten, beeinflussen und begrenzen. Wenngleich Arendt und der späte Dahrendorf zu eher pessimistischen Einschätzungen hinsichtlich der Stabilität beziehungsweise der Restabilisierungsaussichten der liberalen Demokratie gelangen – ihre jeweilig präferierten Ordnungsentwürfe stehen dabei durchaus in Spannung zueinander –, so verweisen ihre Überlegungen zu demokratischer Führung und zum ordnungspolitischen Einfluss von nicht majoritär legitimierten Autoritäten auf den normativen Status politischer Autorität in der Demokratie. Gegen die Identifizierung von Autorität mit autoritären Befehls- und Gehorsamsstrukturen, wie sie die Kritische Theorie der Frankfurter Schule oder die Vertreter einer postfundamentalistischen Demokratietheorie gleichermaßen vertreten, eröffnen der »dissentive Republikanismus« und der ihm verwandte »konflik-

tive Liberalismus« eine demokratietheoretisch anschlussfähige Analyseperspektive auf die Stabilitätsvoraussetzungen der liberalen Demokratie. Die begriffs- und politiktheoretische Herausforderung besteht freilich darin zu präzisieren, was genau »demokratische Autorität« ist und wie sich Autorität und demokratische Willensbildung zueinander verhalten.

Im Gegensatz zu tradierten Krisennarrativen und aktuell virulenten Verfalls- oder Erosionsdiagnosen liberaler Demokratien¹⁸ ist der Ausgangspunkt für eine Konzeption demokratischer Autorität die Einsicht in die Ambivalenz, dass demokratische Ordnungen zu ihrer Stabilisierung auf Autorität und das Wirken von Autoritäten angewiesen sind, die politische Praxis der Demokratie aber gerade darauf ausgelegt ist, Autorität und Autoritäten immer wieder in Frage zu stellen. Bei politischer Autorität in der Demokratie handelt es sich um eine grundsätzlich fragile Anerkennungsbeziehung. Diese Fragilität resultiert nicht nur aus der institutionalisierten Infragestellung der Autorität politischer Führungseliten durch regelmäßige Wahlen und mediale Dauerbeobachtung. Sie resultiert auch daraus, dass Stabilisierungsversuche von Autorität und durch Autoritäten immer Gefahr laufen, die freiwillige Anerkennung von Überlegenheit mittels Herrschaftstechnologien auf Basis asymmetrischer Machtrelationen zu verstetigen. Für die demokratietheoretische Analyse der stabilisierenden Leistungen demokratischer Autorität müssen daher die immer möglichen Kippbewegungen politischer Autorität ins Autoritäre ebenso in den Blick genommen werden wie der grundsätzlich prekäre Status demokratischer Autorität.

Um den prekären Anerkennungscharakter politischer Autorität in der Demokratie einerseits und das Kippen in autoritäre Autorität andererseits erfassen zu können, muss demokratische Autorität erstens begrifflich und institutionentheoretisch von der Gleichsetzung mit Staatsgewalt beziehungsweise sanktionsgestützter Herrschaft unterschieden werden. Zweitens muss ein demokratietheoretisches Konzept politischer Autorität aus der »konservativ gestimmten Dreieinigkeit« (Christoph Schönberger) traditional-patriarchaler Vorstellungen von Autorität (himmlisch, weltlich, häuslich) herausgelöst werden. Nur über einen solcherart differenzierten Autoritätsbegriff werden das Dilemma der Institutionalisierung von Autorität und die Grenzen der Institutionalisierbarkeit von Autorität deutlich.

18 Allein im ersten Halbjahr 2018 sind zahlreiche, auch in Deutschland breit diskutierte Publikationen erschienen, die bereits im Titel einen alarmierenden Ton anschlagen: Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018; Steven Levitsky / Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018; David Runciman, *How Democracy Ends*, New York 2018; William A. Galston, *Anti-Pluralism. The Populist Threat to Liberal Democracy*, New Haven / London 2018; Elaine Glaser, *Anti-Politics. On the Demonization of Ideology, Authority and the State*, London 2018; Jan Zielonka, *Counter-Revolution. Liberal Europe in Retreat*, Oxford 2018; Edward Luce, *The Retreat of Western Liberalism*, New York 2018.

Drittens muss anerkannt und kritisch reflektiert werden, dass Autorität und Demokratie zwar in einem wechselseitig konstitutiven Zusammenhang stehen, die grundsätzliche Spannung zwischen Autorität und Demokratie sich aber nicht auflösen lässt.

Demokratische Autorität kann unterschiedlich begründet sein: Sie kann auf persönlicher Vorbildhaftigkeit beruhen oder auf eine überlegene Sachkompetenz zurückgeführt werden, und sie kann – als Amtsautorität verstanden – auf demokratischen Arrangements der Autorisierung gründen. Aber selbst in ihren glanzvollsten Verkörperungen ist Autorität mit der Anerkennung von hierarchischen Unterschieden verbunden und steht damit quer zum demokratischen Anspruch auf Gleichheit. Daher sind der Status und die Funktionsweise von Autorität in der Demokratie nicht nur erklärungsbedürftig, sondern grundsätzlich prekär. Autorität bleibt der Stachel im Fleisch der Demokratie. Diesem für demokratische Führung konstitutiven Spannungsverhältnis zwischen Autorität und Demokratie gehen die folgenden Beiträge nach.

Zu den Beiträgen

Das Zusammenspiel von kraftvoller Rhetorik, charismatischer Persönlichkeit und organisatorischer Machtfülle bildet den konzeptuellen Rahmen der historischen Studie Wilfried Nippels, in dessen Zentrum die schillernde Persönlichkeit des Arbeiterführers Ferdinand Lassalle steht. Lassalle, der »Arbeiterdiktator« (Marx), der für sich in Anspruch nahm, die Arbeiterbewegung in Deutschland (wieder) erweckt zu haben, findet auch in Max Webers Herrschaftssoziologie Erwähnung, in der von »Demagogen perikleischen oder kleonischen oder lassalleschen Stils« die Rede ist. Dafür dürften nicht zuletzt die autoritären Führungsstrukturen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und Lassalles plebiszitär legitimierte Quasi-Alleinherrschaft ausschlaggebend gewesen sein. Lassalle setzte zudem auf die Performanz epistemischer Autorität und inszenierte sich als »Wissenschaftler mit überlegener Einsicht«. Mit der auch gegen Hermann Schulze-Delitzsch gerichteten Agitation für eine nationale Arbeiterpartei war Lassalle zwar zu Lebzeiten parteipolitisch gescheitert und löste zunächst sogar eine Spaltung der Arbeiterbewegung in ADAV und VDAV (Vereinstag deutscher Arbeitervereine) aus, entfaltete aber dennoch eine prägende Wirkung auf die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung.

Den Ausgangspunkt des Beitrags von Bernhard Dietz bildet die verbreitete These, dass erst die antiautoritäre Kritik der 1968er dem Kapitalismus jene Reformideen geliefert hätte, die es in der Folge möglich machten, die Forderungen nach Entfaltung des Individuums und nach Selbstverwirklichung in einem »neuen Geist des Kapitalismus« zu absorbieren. Dadurch

sei es nicht nur gelungen, eine neue kulturelle Legitimationsquelle des Kapitalismus zu generieren, sondern die Autoritätskritik und Autonomiebestrebungen letztlich in die freiwillige Verinnerlichung neoliberaler Selbstoptimierungslogiken zu überführen. Gegen dieses populäre Narrativ von den »traurigen Helden« der 1968er lenkt Dietz den Blick auf den Wandel normativer Konzepte von Führung in der deutschen Wirtschaft. Er zeigt, wie die personale Autorität der »Kapitäne des Wirtschaftswunders« erst in Widerspruch zu wirtschaftlichen Modernisierungs- und immer stärker funktional differenzierten Produktionsprozessen geriet, um schließlich mit der Entdeckung der »Ressource Mensch« in motivationspsychologische Konzepte von »kooperativer Führung« zu münden. Die Erosion patriarchalisch-autoritärer Führung setzte somit nicht erst »1968« ein, sondern bekam schon lange vorher »erheblichen antiautoritären Gegenwind«. Zudem, so Dietz, habe der normative Abschied von Hierarchie und Autorität innerhalb deutscher Führungseliten zu Beginn der 1970er-Jahre vielschichtige Motive und Quellen, in deren Rahmen den »1968ern« lediglich marginale Bedeutung zukommt.

Auch wenn der kapitalismuskritische Ertrag eher gering ausfällt, so ist die normative Wirkungsgeschichte von 1968 dennoch nicht zu unterschätzen. Grit Straßenberger untersucht deren Renaissance in einer mit radikalkritischem Gestus auftretenden Variante zeitgenössischer Demokratietheorie. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die »postautoritären Missverständnisse« postfundamentalistischer Demokratietheorie. Die gegen neoliberale Entpolitisierungs- und Entfremdungsprozesse in Stellung gebrachte radikal-demokratische Kritik erhebt aus der Sicht von Straßenberger »kritische Renitenz« zum exemplarischen Modus politischen Handelns, übersieht aber gleichzeitig die destabilisierenden und freiheitsgefährdenden Effekte derart übersteigter Versprechen emanzipativer Selbstregierung. Dagegen stellt Straßenberger die aus der Konzeption eines »dissentiven Republikanismus« heraus entwickelte These eines wechselseitig konstitutiven Verweisungszusammenhangs von Autorität und Demokratie. Dieser These zufolge bergen die »wilde Demokratie« wie der »Populismus« immer die Gefahr einer autoritär-repressiven Schließung politischer Freiheit in sich. Beide, so pointiert Straßenberger, untergraben die Konfliktbearbeitungsfähigkeit demokratischer Ordnungen und die Freiheit und Autorität verbindende »Norm dynamischer Stabilität« durch die einseitige Privilegierung potenziell erosiver, gesellschaftsspaltender Protestdynamiken.

Der Beitrag Felix Wassermanns widmet sich der Spezialform epistemischer Autorität vor dem Hintergrund populistischer Elitenkritik an wissenschaftlicher Expertise und etablierten Deutungsmustern. Er zeigt einerseits die »ungeahnte Verwandtschaft« zwischen Populisten und Experten, die darin besteht, dass beide eine vom Mehrheitswillen unabhängige Wahrheit behaupten, ob nun den »wahren« Volkswillen oder das »wahre« Wissen.

Andererseits unterzieht Wassermann die Figur des Experten einer differenzierten Kritik, indem er dessen »wissenssoziologisch gepflegtes« Selbstbild ebenso hinterfragt wie die mitunter bis ins Expertokratische übersteigerten Inszenierungen epistemischer Autorität. Aus dieser kritischen Beobachtung heraus entwickelt Wassermann eine Konzeption von Demokratie als »doppelt verschränkte Beratungsordnung«, in der deliberative und konsultative Expertisen vermittelt werden. Die Autorität der Experten, so Wassermanns These, stellt für die Demokratie kein Problem dar, wenn die Konsultation durch Experten mit der bürgerschaftlichen Deliberation institutionell auf spezifische Weise verkoppelt ist. Die Herausforderung bestände demnach darin, Mischmodelle aus Deliberation und Konsultation mit Blick auf deren Legitimität und Effektivität systematisch zu durchdenken, um die liberale Demokratie zukunftstauglich zu machen.

*Christoph Michael, Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.
christoph.michael@uni-bonn.de*

*Grit Straßenberger ist Professorin für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.
strassenberger@uni-bonn.de*